

# Pulsnitzer Tageblatt

Pressdruck 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontokonto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezieser  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Umtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Anzeigungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhohndorf, Brerzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Pen-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 17

Freitag, den 21. Januar 1927

79. Jahrgang

**Commerz- und Privat-Bank**  
Aktiengesellschaft  
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen  
**Bareinlagen**  
zu günstigen Sätzen  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten  
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

**Pulsnitzer Bank**  
e. G. m. b. H.  
Pulsnitz und Ohorn

### Amtlicher Teil.

Für den Bezirk der Stadt Pulsnitz sind als sachverständige Mitglieder bezw. Stell-  
vertreter in den Ausschuss zur Abschätzung des Schadens in Schlachtwiehversicherungsachen  
die Herren  
Fleischermeister **Robert Hartmann**,  
Landwirt **Ulwin Wolf**,

Fleischermeister **Karl Menzel** und  
Rittergutsinspektor **Johann Sobe**  
gewählt und am heutigen Tage in Pflicht genommen worden.  
Pulsnitz, am 19. Januar 1927.  
**Der Stadtrat.**

### Das Wichtigste

Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten seinen Auftrag, die Situation  
für ein Kabinett der Mitte zu sondieren, zurückgegeben.  
Im Barmatprozess wurden der frühere und der jetzige Präsident der  
Preussischen Staatsbank als Zeugen vernommen.  
Bei einem TribünenEinsturz im Zirkus Caracani in Stuttgart wurden  
45 Personen verletzt.  
Die Morgenblätter melden aus Mainz: Um die Bevölkerung vor Ueber-  
griffen einzelner Besatzungsangehöriger zu schützen, hat die franzö-  
sische Militärbehörde beschlossen, in den abgelegenen Stadtteilen nach  
Eintritt der Dunkelheit besonderen Patrouillenendienst durch Militär  
und Gendarmen einzurichten.  
Nach Meldungen aus Peking tragen die Deutschen in Schanghai zum  
Schutze gegen Belästigungen Armbinden, die sie als Deutsche kenn-  
zeichnen. In Tschangsha streift in der europäischen Konzession das  
gesamte chinesische Dienstpersonal.  
Durch Schnee- und Windbruch im nördlichen Frankenwalde ist nach  
sachmännischer Abschätzung im Durchschnitt mehr als die Hälfte des  
Bestandes vernichtet.

### Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

— (Vom Sächsischen Gemeindetag) wird uns  
folgendes mitgeteilt: Bei der Regierungserklärung, die am  
18. Januar d. J. im Sächsischen Landtag durch Herrn Mi-  
nisterpräsident Heldt abgegeben ist, hat er eine Reihe von  
Punkten zusammengefasst, deren Erledigung die besondere  
Sorge der Sächsischen Regierung in der kommenden Zeit  
darstellt. Der sachlich gehaltenen Erklärung müssen auch wir  
beipflichten. Dagegen vermischen die sächsischen Gemeinden  
zu ihrem lebhaftesten Bedauern, daß in dieser Erklärung  
nichts über die ständig sich steigende finanzielle Notlage  
der sächsischen Gemeinden enthalten ist. In einer Denk-  
schrift des Deutschen Städtetages über das Verhältnis von  
Städten, Staat und Wirtschaft zu einander ist von allge-  
meinen Gesichtspunkten aus versucht worden, die Aufmerk-  
samkeit der Öffentlichkeit auf die unbestreitbare Notlage der  
Städte zu lenken. Der Sächsische Gemeindetag  
wird in den nächsten Wochen eine auf eingehendem Zahlen-  
material beruhende gleiche Denkschrift für die sächsischen Ge-  
meinden der Öffentlichkeit übergeben. Der Sächsischen Re-  
gierung ist durch zahllose Eingaben und Schilderungen be-  
kannt, wie ernst die Lage der sächsischen Gemeinden ist. Es  
häufen sich die Fälle, wo die Gemeinden, namentlich mitt-  
lere und kleinere, ihre dringendsten und notwendigsten Auf-  
gaben nicht mehr erfüllen können. Teilweise können, was  
der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, nicht einmal die Gehäl-  
ter für die Angestellten und Beamten pünktlich ausgezahlt  
werden. Wir sind überzeugt, daß auch die Regierung bei  
den in nächster Zeit bevorstehenden Verhandlungen über den  
Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden die Aufgabe,  
die Not der Gemeinden zu lindern, mit als eine ihrer wich-  
tigsten betrachten muß und wird. Umso mehr hätte es der  
Sächsische Gemeindetag gewünscht, wenn auch bei der hoch-  
wichtigen und bedeutsamen Regierungserklärung durch Herrn  
Ministerpräsident Heldt dieser Gesichtspunkt mit in den Vor-  
bergrund gerückt worden wäre. Die Öffentlichkeit darf sich  
nicht darüber täuschen, daß an der Schaffung gesicherter  
finanzieller Grundlagen in den Gemeinden die gesamte Be-  
völkerung, vor allem aber auch Wirtschaft, Handel und Ge-  
werbe auf das allergrößte interessiert sind.

— (Warnung vor einem Eisenbahndieb.)  
Das mit der Eisenbahn reisende Publikum wird vor einem

## Marx wieder beauftragt

Paris mit Briand zufrieden — Ermäßigung der Gerichtskosten — Der Barmat-Prozess  
Die Berliner Presse zur Lage — Briand über Polen und die deutsche Ostgrenze

Berlin. Der Reichspräsident hat am Donnerstag nach-  
mittag das nachstehende Schreiben an den geschäftsführenden  
Reichskanzler Dr. Marx gerichtet:  
„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!  
Die äußeren und innerpolitische Lage des Reiches erfor-  
dert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung  
wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf  
eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer  
solchen Mehrheit unter Einschluss der Linken ist, zurzeit  
wenigstens, nicht möglich; der Versuch zur Schaffung einer  
nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist ge-  
scheitert.

Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Er-  
suchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage  
einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstags  
mit tunlichster Beschleunigung zu übernehmen.

Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kom-  
menden Fraktionen des Reichstags, persönliche Bedenken und  
Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vater-  
lands beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer  
Führung zusammenzuschließen und sich hinter einer Rege-  
rung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht  
gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Verfassung für  
das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Diese neue Rege-  
rung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht  
angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher  
Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten die berechtigten In-  
teressen der breiten Arbeitermassen zu wahren und in dem  
Bestreben, dem gesamten deutschen Volk in all seinen Schichten  
zu dienen, die vor uns stehenden wichtigen politischen, wirt-  
schaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung  
bin ich Ihr ergebener  
gez. von Hindenburg.“

### Paris mit Briand zufrieden.

In französischen parlamentarischen Kreisen haben die  
Erklärungen Briands vor dem Auswärtigen Ausschuss außer-

ordentlich beruhigend gewirkt. Die Einigungsformel  
ist gefunden. Briand hat nichts versprochen, und weder  
in Genf noch in Thoiry ist überhaupt etwas geschehen! Das  
war in der Tat die einfachste Weise, um aus der Verlegen-  
heit zu kommen.

Man fragt sich nur, ob Dr. Stresemann  
die Darstellung seines Kollegen Briand in  
allen Punkten bestätigen wird. Bei der Rechten  
der französischen Kammer hegt man noch einige Zweifel, aber  
wie dem auch sei, Briand hat sich löblich unterworfen.

### Polen und die deutsche Ostgrenze — Die Auffassung Briands

Paris, 20. Januar. Wie erst jetzt bekannt wird, hat  
in der Diskussion über die Ausführungen Briands vor dem  
auswärtigen Ausschuss der Kammer die Frage der deutschen  
Ostgrenze eine bedeutende Rolle gespielt. Auf die Frage an  
Briand, ob die polnisch-französischen Abmachungen der deutsch-  
französischen Verständigungspolitik nicht widersprechen, ant-  
wortete Briand, daß es sich um zwei völlig verschiedene  
Dinge handele. Nach seiner persönlichen Auffassung könnte  
sich Deutschland und Polen ebenfalls verständigen. Auf eine  
weitere Frage, ob Stresemann in Thoiry mit Briand über  
die Notwendigkeit der Abänderung der Ostgrenze Deutschlands  
gesprochen habe, erwiderte Briand bejahend. Er habe aber  
damals Stresemann gesagt, daß der entscheidende Gesicht-  
spunkt für eine Neuregelung der deutsch-polnischen Grenze  
nur die Frage der Kompensationen sei, welche Deutschland  
Polen als Gegenwert anbieten könne. Ueber die Politik  
der deutsch-französischen Verständigung sagte Briand, daß  
diese in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen habe, daß  
es für jede deutsche Regierung, welche Partei in ihr auch  
immer ausschlaggebend sein möge, schwer sein würde, den  
deutsch-französischen Verständigungskurs abzuändern.

D-Zug-Dieb gewarnt. Dieser benutzt hauptsächlich die Sta-  
tionen, wo die D-Züge Aufenthalt haben. Er beobachtet  
die Reisenden, die sich meistens während des Aufenthalts  
auf den Bahnsteig begeben, um sich dort auf irgendeine  
Weise zu erfrischen. Ist der Dieb dann in dem Wagen  
bezogen, in dem Abteil allein, nutzt er die Gelegenheit aus  
und stiehlt die in den Gepäckträgern aufbewahrten Koffer  
oder Handtaschen und verschwindet mit diesen. Also Vorsicht  
und das Handgepäck niemals unbeobachtet in den Abteilen  
lassen.

sek. — (Das gute Beispiel.) Um zu zeigen, wie  
weit bei gutem Willen über die gesetzliche Aufwertungspflicht  
hinausgegangen werden kann, veröffentlicht das „Evangelische  
Deutschland“, die bekannte Zeitschrift für das Gesamtgebiet  
des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, wiederholt Bei-  
spiele, wobei selbstverständlich die Verschiedenheit der Ver-  
hältnisse und der Leistungsfähigkeit in Betracht zu ziehen  
ist. So hat die Goldmark-Spartasse des Deutschnationalen  
Handlungsgehilfen-Verbandes bereits im Januar 1924 die

Sparrestguthaben von Kriegshinterbliebenen mit 100 Prozent,  
sonstige 225 000 Sparrestguthaben mit 40 Prozent aufgewer-  
tet. Der gemeinnützige Bauverein in Meerane (Sachsen)  
wertete auf 100 Prozent, der Gartenbauverein auf 40 Pro-  
zent auf u. a. In Württemberg hat die mit der Inneren  
Mission eng verwachsene Evangelische Gesellschaft in Stutt-  
gart sämtliche alte Schulden mit 50 Prozent aufgewertet.

Kamenz. (Wochenmarkt.) Auf dem heutigen  
Wochenmarkt herrschte reger Verkehr, stark war der Zuspruch  
der Landbewohner. Am Gemüsemarkt wurden gezahlt für  
Aepfel 15—35, Rüsse 60—75, Wein 120, Rotkraut 12—15,  
Weißkraut 12, Zwiebeln 10—15, Grünkohl 25, Rosenkohl 50,  
Blumenkohl 30—80, Spinat 35, Wirsing 15—20, Endi-  
vien 15—25, Kapuzinchen 60 Pfg. das Pfund.

Bischofswerda. (Eigenartige Bundesgenos-  
sen.) Ein Linksbund, bestehend aus Demokraten, Sozialisten  
und Kommunisten, hat sich im hiesigen Stadtparlament ge-  
bildet. Bei den letzten Wahlen hatte sich eine neue bürger-  
liche Vereinigung gebildet aus den Freunden des früheren

